

Von: Donth Michael Mitarbeiter 02 [<mailto:michael.donth.ma02@bundestag.de>]

Gesendet: Montag, 18. September 2017 15:21

An: ..

Betreff: WG: Rüstungsexporte

Sehr geehrte Frau ...,

ich danke Ihnen für Ihr Mail und Ihre Fragen zum Thema Rüstungsexport.

Lassen Sie mich vor der Beantwortung folgende Stellungnahme vorausschicken:

In dieser Wahlperiode haben wir im Plenum auch den Rüstungsexport behandelt. Dem Antrag der Koalition auf der Drucksache 18/1334 mit dem Titel „Mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen sicherstellen“ habe ich zugestimmt. Darin wird folgende Passage aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt:

„Bei Rüstungsexportentscheidungen in sogenannte Drittstaaten sind die im Jahr 2000 beschlossenen strengen „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ für unser Regierungshandeln verbindlich. Über ihre abschließenden Genehmigungsentscheidungen im Bundessicherheitsrat wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag unverzüglich unterrichten. Die Entscheidung darüber, wem gegenüber die Unterrichtung erfolgt, liegt beim Deutschen Bundestag. Darüber hinaus werden wir die Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit durch Vorlage des jährlichen Rüstungsexportberichtes noch vor der Sommerpause des Folgejahres und eines zusätzlichen Zwischenberichts verbessern.

Konkret bedeutet dies: Die Beachtung der Menschenrechte ist für die Entscheidung über Rüstungsexporte von herausragender Bedeutung, damit ausgeschlossen werden kann, dass Waffen an Länder geliefert werden, in denen Menschenrechtsverletzungen existieren oder Bürgerkrieg herrscht. Im Koalitionsvertrag haben wir die Neuregelung der Rüstungsexportentscheidungen verankert. Dabei geht es uns nicht um die Vermischung von Exekutive und Legislative. Die Entscheidung über Genehmigungen für Rüstungsgüter ist nach Artikel 26 des Grundgesetzes der Bundesregierung zugewiesen, und sie soll auch weiterhin im Kernbereich der Exekutive bleiben.

Den Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 18 / 1360 habe ich abgelehnt.

Für mich ist die heutige Argumentation der GRÜNEN keineswegs schlüssig, denn an den Grundsätzen, nach denen Rüstungsexporte in Deutschland erfolgen, haben die GRÜNEN selbst unter Kanzler Gerhard Schröder mitgeschrieben. Gemäß diesen Kriterien wird noch heute exportiert. Dieser Ansicht kann ich mich anschließen. Warum sich die GRÜNEN mit ihren selbst aufgestellten Kriterien nun schwertun, müssen Sie die GRÜNEN fragen.

Antworten auf Ihre Fragen: Nein / Nein / Nein / Nein / Nein

Unser heutiges Kontrollsystem mit entsprechenden Exportbeschränkungen, das unter einer rot-grünen Bundesregierung entworfen und umgesetzt wurde, reicht in meinen Augen für einen verantwortungsvollen Rüstungsexport vollkommen aus.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Michael Donth